

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

23. Oktober 1947.

91/A,B,

zu 115/J

Anfragebeantwortung.

Die Abgeordneten R e i s n a n n und Genossen richteten in der Nationalratssitzung am 2.Juli d.J. an den Bundesminister Dr.K r a u l a n d eine Anfrage, wieso es möglich war, dass Dr.Josef Nowak, gegen den am 15.Jänner 1946 eine Anzeige wegen § 101 (Missbrauch der Amtsgewalt) und § 104 (Geschenkannahme in Amtssachen) des Strafgesetzbuches erstattet wurden war, noch vor Abschluss der Untersuchung wieder zum Leiter der Abteilung "Öffentliche Verwaltungen" im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung bestellt wurde.

In der schriftlichen Antwort auf diese Anfrage teilt Minister Dr.K r a u l a n d mit, dass die gegen Dr. Nowak eingeleitete Voruntersuchung mit Beschluss des Landesgerichtes für Strafsachen Wien, GZ.26 fVr 3146/46, vom 10.10.1947, gemäss § 90 StPO eingestellt wurde.